

Antrag: Allgemeines zur Innenpolitik

Antragsteller: BeKo 2002

Seit einigen Jahren ist der Trend zu beobachten, daß die politisch Handelnden die Repressions- und Überwachungsmechanismen immer mehr verstärken und dabei die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr eingeschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund, der Anschläge des 11. September 2001, beginnt sich das innenpolitische Koordinatensystem noch weiter nach rechts zu verschieben. Einige Parteien beginnen mit dem Leid von Tausenden sogar Politik zu machen, z.B. die CDU, indem sie sagt, daß grundrechtlich und rechtsstaatlich motivierte „Bedenkenträger ein ganzes Stück zurücktreten,“ (FR vom 10.10.2001) müßten, angesichts der neuen Situation nach den Terroranschlägen in den USA (vgl. Fr vom 10.10.01).

Terror bekämpfen, nicht MigrantInnen

Die innenpolitische Reaktion der „freiheitlichen Welt,“ mit der „freiester Gesellschaft,“ die es je gab, waren in der BRD erschreckend. Innenpolitiker egal welcher Couleur gingen daran, freiheitliche Grundrechte gerade für Migrantinnen und Migranten zu beseitigen. Erschreckend dabei ist, was für reaktionäre Ideen formuliert und zum Teil umgesetzt wurden. Erstaunlich dabei ist, wie schnell obrigkeitstaatliche Instrumente aus den Schubladen der Innenminister zu tage gefördert wurden.

Die erste Maßnahme war die Rasterfahndung, eine Maßnahme bei der Dateien nach bestimmten Schemata (Raster) durchsucht werden. Eingeführt zu Zeiten des bundesdeutschen Terrorismus, hat die Rasterfahndung nie zu einem einwandfreien Fahndungserfolg geführt. Aber nicht wegen ihrer Untauglichkeit in der Terrorismusbekämpfung lehnen wir dieses Verfahren ab, sondern da es eine der rechtsstaatlichen Grundsätze außer Kraft setzt, die Unschuldsvermutung. Da ein bestimmter Personenkreis erst mal als schuldig gilt, bis er durch das Raster fällt. Im Zusammenhang mit dieser neuen Rasterfahndung wurde ein - zwar seit längeren von der Polizei praktiziertes - rassistisches Raster staatlich legitimiert, da jeder der aus einem bestimmten Land stammt und Student ist, erfaßt wurde. Noch schlimmer wurde es für diese Studenten, wenn sie ein kleinbürgerliches Spießleben führten, sich also nichts zu Schulden kommen lassen, da die mutmaßlichen Terroristen des 11. September ein „ordentliches,“ Leben geführt haben.

Gerade für Studierende, die aus diesen Ländern nach Deutschland geflohen waren, da sie wegen ihrer politischen zumeist anti-islamischen Tätigkeit verfolgt wurden, war es zynisch als potentielle Sympathisanten eines islamischen Fundamentalismus verfolgt zu werden.

Auch der Eintrag der Religionszugehörigkeit in den Ausweis stellt - gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte - gelebten staatlichen Rassismus dar. Da die Diskussion darum ein Klima erzeugte - trotz der Sonntagsreden die das Gegenteil beteuerten - , in dem ein Generalverdacht gegen eine bestimmte Personengruppe, islamische Migranten und Migrantinnen, staatlicherseits vermittelt wurde.

Statt diese Politik der Ausgrenzung fortzusetzen, fordern die Jusos:

- Abschaffung der Rasterfahndung,
- Aussetzung der in den Sicherheitspaketen getroffenen Regelungen,
- Abschaffung des Ausländerzentralregisters,
- die Änderung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl, das dann lautet:

„Fremde genießen Schutz vor Auslieferung und Ausweisung, wenn sie unter Verletzung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte verfolgt werden und in die BRD geflohen sind.“

- eine finanzielle und politische Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aus, sowie für eine Erhöhung des Etats von Forschungseinrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung,

- eine gründlichere, demokratische Kontrolle der Geheimdienste statt deren Kompetenzausweitung.

Kampf um Grundrechte führen

Neben den aktuellen Ereignissen ist in der BRD der Trend zu beobachten, daß Grundrechte generell immer weiter demontiert werden. Gerade in Zeiten massiven Sozialabbaus findet eine Aufrüstung der Sicherheitsorgane statt. Dieser Tendenz gilt es entschieden entgegenzutreten. Wir sollten uns vergegenwärtigen, daß der Satz: „Menschen brauchen Sicherheit,“ seit jeher eine Forderung der JungsozialistInnen ist.

Diese Forderung beinhaltet für uns, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß jeder Mensch seine Fähigkeiten frei entfalten kann. Im Gegensatz zu den anderen politischen Organisationen heißt „Sicherheit,“ für uns etwas anderes, als der ewiggestrige Ruf nach dem Obrigkeitsstaat.

Ein erster Schritt für uns zu mehr Sicherheit ist, daß die Existenz eines jeden Menschen gesichert sein muß. D.h. keineR, darf in eine Situation geraten, in dem er/sie um seine Lebensgrundlage fürchten muß! Aber gerade das bestehende kapitalistische System macht dies unmöglich.

In der Ursachenbekämpfung von Kriminalität liegt in unseren Augen der beste Schlüssel zur Kriminalitätsbekämpfung. Da aber in Zeiten in denen es in einer Gesellschaft nur Modernisierungsgewinner und -verlierer gibt und eine Debatte um den Standort Deutschland bzw. dessen Wettbewerbsfähigkeit diskutiert wird und nicht mehr über die gleichmäßige Verteilung, des von allen erwirtschafteten Wohlstand, sondern im Gegenteil, sämtliche Verteilungsmöglichkeiten als Schwächung der Gesellschaft angesehen werden, ist es nicht verwunderlich, daß die Anzahl der Menschen, die in existenzbedrohenden Lebenslagen leben müssen, zunimmt und diese versuchen müssen auf legalen und illegalen Wegen ihre Existenz zu sichern.

Deshalb fordern wir:

- Verankerung von Rechten, die eine Unabhängigkeit des Individuums gegenüber dem Eigentümer der Produktionsmittel schaffen; wie die Verankerung des Grundrechts auf Arbeit und die Demokratisierung der Schlüsselindustrien.
- Gesetzliche Grundlagen, um die Verpflichtung des Eigentums wirksam sanktionieren zu können,
- Eine Ausbildungsplatzgarantie im Grundgesetz,
- Eine Garantie der persönlichen Lebensgrundlagen, die jedem Menschen ein Leben ohne Armut ermöglicht und über die bisherigen Sozialstaatsgarantien hinausgeht,
- Ein Grundrecht auf Bildung im Grundgesetz.

Verbrechen als Legitimation für Grundrechteabbau?

Zur Legitimation des Grundrechteabbaus wird immer wieder mit Verbrechen als äußerer und innerer Bedrohung argumentiert. Einmal, indem man in der Diskussion mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger arbeitet. Dieses Konstrukt ist notwendig, da ein Anstieg der Verbrechen empirisch nicht belegbar ist, im Gegenteil in der Statistik ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Bei der Debatte um das subjektive Sicherheitsgefühl wird nicht darauf eingegangen, wieso Verbrechen begangen werden oder was für Verbrechen, sondern das es eine irgendwie geartete Bedrohung gibt. Die Antwort darauf besteht in einem mehr an Polizei oder privaten Sicherheitsdiensten, Videoüberwachung und Verdrängung von Randgruppen (Wohnsitzlosen, Drogenabhängigen u.a.), gerne nimmt man für den Beweis der Effektivität dieser Maßnahmen, die „Zero – Tolerance,“ – Politik des New Yorker Bürgermeisters.

Daß diese Maßnahmen weder die Ursachen noch die Kriminalität verschwinden lassen, sondern die Grundrechte der BürgerInnen immer mehr beschneiden wird verschwiegen.

Die Ursachen - gerade der Bagatelldelicten (Diebstahl, Mundraub u.ä.) – liegen in der sich verschärfenden sozialen Ungleichheit. Um Kriminalität wirksam zu bekämpfen muß man an den Entstehungsgründen ansetzen.

Durch Überwachungsmaßnahmen und der damit zusammenhängenden Vertreibungspolitik, werden Grundrechte tangiert. Erstens die freie Aufenthaltswahl sich unbehelligt im öffentlichen Raum zu bewegen und aufzuhalten. Gerne werden in Ballungsräumen Personen kontrolliert, die meistens anderer Hautfarbe sind, dabei kommt es immer wieder zu Übergriffen seitens der Sicherheitskräfte. Dieses Verhalten führt zu einem Klima in dem sich MigrantInnen als unerwünscht fühlen und tangiert somit auch die Menschenwürde dieser Menschen, da sie wegen ihres Aussehens als potentielle VerbrecherInnen verdächtigt fühlen. Gerechtfertigt wird dieses vorgehen durch die Kriminalisierung von Teilen der Bevölkerung.

In einem weiteren Schritt werden Polizeistatistiken zitiert, um zu legitimieren, warum man bestimmte Bevölkerungsgruppen anders behandeln muß, um die Kriminalität einzudämmen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf nicht – deutsche MitbürgerInnen gerichtet, da diese überproportional in der Polizeistatistik auftauchen.

Es ist wissenschaftlich bewiesen, daß nicht-deutsche nicht krimineller sind, als deutsche. Dieses Mißverhältnis in der Statistik kommt zum Teil daher, daß hier auch Verstöße gegen das AusländerInnen – Gesetz eingerechnet werden, die deutsche nicht begehen können.

Ein weiterer Punkt ist, daß in der Polizeistatistik nur Tatverdächtige aufgeführt sind und nicht verurteilte, d.h. sie sind unschuldig bis sie rechtskräftig verurteilt wurden. Deshalb wäre nur eine Gerichtsstatistik aussagekräftig, diese gibt es aber nicht. Außerdem werden auch Tatverdächtige erfaßt, bei denen ihre Unschuld später bewiesen wurde.

Neben diesen „normalen„ Verbrechen kam in den letzten Jahren die Diskussion durch die organisierte Kriminalität (OK) auf. Diese Schimäre der OK dient der Rechtfertigung massiver Eingriffe in die Privatsphäre (Lauschangriff u.ä.). Dabei kann niemand sagen, was OK wirklich ist bzw. wo sie beginnt und wo sie endet. Man läßt den Eindruck entstehen, daß OK etwas mafia-ähnliches, alle bedrohendes Etwas ist, das nur durch polizeistaatliche Maßnahmen bekämpft werden kann. Man erzeugt Angst vor dem Unbekannten und Fremden.

Auf die von Banken durchgeführte Geldverschiebung zum Zwecke der Geldwäsche bzw. der Steuerflucht wird selten eingegangen. Bei diesem Punkt wird so Gut wie gar nicht angesetzt, da wohl das Bankgeheimnis über dem Verbot des Eingriffs in die Privatsphäre steht.

Aus diesen Gründen fordern wir:

- die Einführung einer Gerichtsstatistik,
- Die unbedingte Ausweitung des Brief-, Post- und Telefongeheimnisses auf jegliche Art der analogen und digitalen Kommunikation,
- Das Ende des „Großen Lauschangriffes„ sowie aller Vorbereitung des „Großen Spähangriffes„,
- Ein Verbot der Überwachung öffentlicher Räume durch Kameras und andere technische Maßnahmen, statt dessen ein Umdenken in der Stadtplanung, d.h. Angsträume müssen erkannt werden und müssen so gestaltet werden, daß sie weniger angsteinflößend sind, d.h. z.B. Vermeidung dunkler Ecken etc.
- Eine Wiederherstellung des Gewaltmonopol des Staates, unter Wahrung der föderalen Struktur.
- Da die gesellschaftlich schädlichste Form der Kriminalität die Wirtschaftskriminalität ist, fordern wir eine gesetzgeberische Offensive zur Verbesserung der Verfolgung dieser Form des Verbrechens.